

## LTWP-7 7. Starke Gesundheitsversorgung – Verlässliche Pflege

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.09.2020

Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 7 Gesundheit – Suchtprävention – Pflege – Älter werden

### Text

1 Wie weit muss ich fahren, um zur nächsten Hausarztpraxis oder zum nächsten  
2 Krankenhaus zu kommen? Wie und wo kann ich mein Kind sicher und geborgen auf die  
3 Welt bringen? Können die, die mich medizinisch versorgen sollen, das unter den  
4 Arbeitsbedingungen überhaupt zuverlässig leisten? Diese Fragen, die durch die  
5 Corona-Krise noch aktueller und dringlicher geworden sind, wollen wir mit  
6 unserer grünen Gesundheitspolitik beantworten.

7 Wir wollen, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre körperliche und  
8 seelische Gesundheit zu erhalten und im Krankheitsfall wieder gesund zu werden.  
9 GRÜNE Gesundheitspolitik orientiert sich an der Situation und den Bedürfnissen  
10 der Menschen, die Hilfe brauchen. Alle Rheinland-Pfälzer\*innen sollen von einer  
11 bedarfsgerechten und erreichbaren Versorgungslandschaft profitieren können. Dazu  
12 gehört auch, dass diese Einrichtungen ohne Hürden und unabhängig von Alter,  
13 sozialem Status, Herkunft oder Geschlecht für alle zugänglich sind – auf dem  
14 Land ebenso wie in der Stadt. Es muss gewährleistet sein, dass in ganz  
15 Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes Netz an Rettungsdiensten und Notärzt\*innen  
16 besteht. Zum Beispiel setzen wir uns dafür ein, dass auch in dünn besiedelten  
17 Gebieten jederzeit und schnell ein geeignetes Rettungsmittel verfügbar ist. Dazu  
18 kann ergänzend auch die Einrichtung eines 24 Stunden einsatzbereiten  
19 Rettungshubschraubers mit Nachtflugtauglichkeit an einem geeigneten Standort  
20 beitragen. Wir wollen deshalb nicht nur für eine hochwertige Ausbildung, sondern  
21 auch für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen und setzen uns unter anderem für  
22 einen höheren Mindestlohn und einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle  
23 Pflegekräfte ein.

24 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Das bedeutet, sie muss dem  
25 Menschen und der Allgemeinheit zugutekommen. Öffentliches und  
26 beitragsfinanziertes Geld muss im Gesundheitssystem bleiben. Wir sind gegen den  
27 Trend zur Privatisierung im Krankenhausbereich. Denn für uns stehen nicht die  
28 hohen Renditen, sondern die Menschen – als Patient\*innen und als Gesunde, die  
29 Krankheiten vermeiden wollen – im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Wer  
30 krank ist, soll sich nicht dem System anpassen müssen. Sondern das System muss  
31 sich von Anfang an nach den Bedürfnissen der Patient\*innen richten.

32 Lernen aus der Corona-Krise

33 Wir müssen die Corona-Krise nutzen, um für unser Gesundheitssystem dauerhafte  
34 Lehren aus der Pandemie zu ziehen. In der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig  
35 die Zusammenarbeit von Krankenhäusern in Regionen und die sektorenübergreifende  
36 Kooperation mit niedergelassenen Ärzt\*innen und dem Öffentlichen  
37 Gesundheitsdienst (ÖGD) sind. Uns allen wurde deutlich, welche bedeutende Rolle  
38 die Gesundheitsämter haben, Wir GRÜNE wollen deswegen starke und personell sowie  
39 technisch gut ausgestattete Gesundheitsämter.

40 Wir benötigen eine ausreichende Versorgung mit Schutzausrüstung. Dafür müssen  
41 überall entsprechende Lagerbestände vorgehalten werden. Informationen über die  
42 Bestände in Krankenhäusern, den Kassenärztlichen Vereinigungen und  
43 Pflegeeinrichtungen sollen beim Gesundheitsministerium zusammengeführt werden.  
44 Wir wollen jetzt für alle Zukunft vorsorgen: Rheinland-Pfalz muss sich dafür  
45 einsetzen, dass ein erheblicher Teil der Schutzausrüstung und der wichtigen  
46 Medikamente wieder in Deutschland und in anderen Ländern der EU produziert  
47 werden.

#### 48 Finanzierung des Gesundheitssystems

49 Die finanziellen Lasten für die Gesundheitsversorgung müssen gerecht verteilt  
50 werden. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für die grüne Bürgerversicherung  
51 einsetzen, um allen Bürger\*innen eine gute Versorgung und einen raschen Zugang  
52 zu gesundheitlichen Leistungen zu ermöglichen. So lange dieser Systemwechsel  
53 bundesweit nicht erreicht ist, wollen wir den Beamt\*innen und Richter\*innen, die  
54 sich bisher privat versichern müssen, landesgesetzlich ein Wahlrecht für den  
55 Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung eröffnen.

#### 56 Ambulante Versorgung: Wohnortnah und menschlich

57 Wir GRÜNE wollen eine wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Haus- und  
58 Fachärzten in allen Landesteilen erhalten und ausbauen. Die zunehmende Zahl  
59 hochbetagter Menschen wird zusätzliche Anforderungen an das Gesundheitssystem  
60 stellen. Die Versorgung muss stärker vernetzt, barrierefrei und oft auch  
61 aufsuchend zu Hause bei den Patient\*innen stattfinden.

62 Nicht zuletzt die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass medizinisches  
63 und pflegerisches Fachpersonal dringend gebraucht wird. Wir wollen mehr  
64 Studienangebote für die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals und mehr  
65 Medizinstudienplätze schaffen. Ein erster Schritt zum Ausbau des Medizinstudiums  
66 ist die Regionalisierung des klinischen Studiums. In Trier wird sie bereits  
67 umgesetzt und wir wollen eine Ausweitung auf weitere Standorte erreichen. Auf  
68 lange Sicht möchten wir eine zweite Universitätsmedizin aufbauen.

69 Mehr Absolvent\*innen der Medizin sollen eine Beschäftigung im behandelnden  
70 medizinischen Bereich aufnehmen. Die Förderprogramme zur Versorgung durch den  
71 Hausarzt müssen weiter ausgebaut, finanziell gestärkt und auf Bereiche  
72 ausgedehnt werden, für die Fachärzte fehlen. Die Kommunen, in denen ein  
73 Ärztemangel droht, müssen besser beraten werden. Wir brauchen auch stärkere  
74 Anreize, um eine Niederlassung im ländlichen Raum und in städtischen  
75 Problemgebieten zu fördern. Gut ausgebildete Medizinische Fachangestellte und  
76 Pflegekräfte können die Ärzt\*innen im Alltag wirkungsvoll unterstützen und die  
77 Versorgung der Patient\*innen verbessern. Sie können Hausbesuche machen, Aufgaben  
78 wie die Wundversorgung übernehmen und mit Pflegestützpunkten zusammenarbeiten.  
79 Wir wollen die Aus- und Weiterbildung dieser Berufsgruppen unterstützen und  
80 fördern. Das erhöht die Attraktivität der Pflegeberufe und entlastet Ärzt\*innen.

81 Häufig müssen Patient\*innen zu weite Wege zu medizinischen Einrichtungen in Kauf  
82 nehmen. Deshalb wollen wir Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z.B.  
83 Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort fördern.  
84 Telemedizinische Angebote können spezialisierte Angebote auch in abgelegene  
85 Regionen bringen, sie sollen den menschlichen Kontakt aber nicht ersetzen. Daher  
86 wollen wir telemedizinische Angebote dort unterstützen, wo sie sinnvoll sind und

87 Versorgungsdefizite ausgleichen können. In Regionen mit ärztlicher  
 88 Unterversorgung müssen die Kliniken auch die ambulante Versorgung mitübernehmen  
 89 und niedergelassene Ärzt\*innen, Krankenhäuser und Pflegeheime besonders eng  
 90 zusammenarbeiten. Wir wollen die Beratung für Kommunen verbessern, die  
 91 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen, Modellprojekte  
 92 unterstützen und Gründungen von vertragsärztlichen Praxiskliniken fördern.

93 Stationäre Versorgung: Regional und finanziell gut ausgestattet

94 Kleine ländliche Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag für die  
 95 wohnortnahe Versorgung. Zum Teil können sie jedoch nicht mehr ausschließlich als  
 96 Krankenhaus betrieben werden. Wir unterstützen es, diese Krankenhäuser zu  
 97 lokalen Gesundheitszentren weiterzuentwickeln. Diese integrieren Pflege- und  
 98 Beratungsbereiche können sich mit niedergelassenen Ärzt\*innen vernetzen, um ein  
 99 bedarfsgerechtes Angebot für die Menschen vor Ort aufrecht zu erhalten.

100 Wir sprechen wir uns für mehr Kooperationen und Spezialisierung der  
 101 Krankenhäuser zum Nutzen der Patient\*innen aus. Doppelvorhaltungen innerhalb der  
 102 näheren Umgebung sollen abgebaut und die Zusammenarbeit der Krankenhäuser  
 103 gefördert werden. Wir wollen das aktuelle Krankenhausfinanzierungssystem (DRG-  
 104 System) grundlegend reformieren. Die aktuelle Vergütung von Einzelleistungen  
 105 wollen wir in ein Budgetbemessungssystem überführen, in dem regionale und  
 106 soziale Faktoren stärker berücksichtigt werden. Damit wird Fehlanreizen  
 107 entgegengewirkt. Dafür soll sich das Land bei der Selbstverwaltung und auf  
 108 Bundesebene stark machen.

109 Wir GRÜNE haben die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser bereits  
 110 verbessert, wollen diese schrittweise weiter erhöhen und für eine ausreichende  
 111 Ausstattung der Häuser sorgen. Ebenso wollen wir die Digitalisierung in den  
 112 Kliniken mit zusätzlichen Mitteln fördern, insbesondere dort, wo das die  
 113 Arbeitsabläufe vereinfachen kann und die IT-Sicherheit erhöht.

114 Pflege in den Krankenhäusern muss wieder attraktiver werden. Nur in  
 115 Zusammenarbeit mit der Landespflegekammer und den Berufsverbänden kann uns das  
 116 gelingen. Bei ein- und zweijährigen Ausbildungsgängen wollen wir für  
 117 Durchlässigkeit sorgen und Höherqualifizierungen attraktiver machen. Neue  
 118 Ausbildungsmodelle, wie Teilzeitausbildung und duale Ausbildung sowie eine  
 119 modulare, gut geförderte Weiterbildung, wollen wir stärken. Wir unterstützen  
 120 eine zielgerichtete Akademisierung der Pflegeberufe. Damit Menschen aus  
 121 verwandten Berufen einfacher in eine Arbeit in der Pflege wechseln können,  
 122 schaffen wir durchlässigere Wege. Wir setzen uns für eine bessere Vergütung der  
 123 Pflegeberufe ein. Wir wollen ein Personalbemessungsinstrument, das es erlaubt,  
 124 in jeder Klinik genauso viele Pflegekräfte einzusetzen, wie es die Zahl und die  
 125 Bedürfnisse der Patient\*innen erfordern. Das Land muss in seinen Krankenhäusern  
 126 beispielhaft vorgehen und darf Pflegekräfte nicht überlasten. Auch für  
 127 Ärzt\*innen, Therapeut\*innen und Sozialarbeiter\*innen wollen wir  
 128 Personalbedarfsinstrumente entwickeln, damit alle Patient\*innen gut versorgt und  
 129 die Beschäftigten nicht überlastet werden.

130 Medizinischer Zugang für alle

131 Gute medizinische Versorgung muss für alle und jeden immer erreichbar sein, ohne  
 132 Hürden und ohne Diskriminierung. Die unterschiedlichen Risiken und Belastungen  
 133 der Geschlechter werden noch zu wenig berücksichtigt, deshalb wollen wir eine

134 geschlechtersensible Gesundheitsversorgung. Wohnungslose Menschen haben es oft  
135 schwer, Zugang zu medizinischer Versorgung zu finden. Für sie soll ein  
136 niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot entwickelt werden, das auch  
137 die fachärztliche Weiterversorgung einbezieht.

138 Wir haben dafür gesorgt, dass das Land die Einrichtung einer Beratungsstelle für  
139 Menschen unterstützt, die ohne Krankenversicherung dastehen. Für diese  
140 Clearingstelle wollen wir ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen und  
141 weitere solche Stellen im Land schaffen. Für die Menschen, die trotzdem nicht  
142 (zurück) in die Krankenversicherung können, braucht es einen Notfallfonds.  
143 Solange dafür keine bundesweite Lösung gefunden wird, wollen wir mit einem  
144 entsprechenden Fonds auf Landesebene vorangehen. Sozialhilfe- und  
145 Asylbewerberleistungsberechtigte haben einen Anspruch auf die Gesundheitskarte  
146 einer Krankenkasse ihrer Wahl. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kreise und  
147 kreisfreien Städte diesen Anspruch („Wie-Mitgliedschaft“) endlich auch umsetzen.

148 Es gibt viele therapeutische und ärztliche Praxen, die nicht für alle Menschen  
149 barrierefrei zugänglich sind. Das wollen wir mit einem Förderprogramm zum  
150 barrierefreien Umbau und zur barrierefreien Ausstattung von Praxen ändern. Wir  
151 werden die Medizinischen Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen  
152 (MZEB) ausbauen und mit Angeboten vor Ort vernetzen. So wollen wir ein  
153 Kriseninterventionszentrum für erwachsene Menschen mit psychischen und  
154 geistigen Beeinträchtigungen schaffen, angedockt an ein MZEB oder als  
155 eigenständige Einrichtung.

156 Viele Menschen haben aus Kostengründen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln und  
157 Hygieneartikeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Kondome, Binden und  
158 Tampons in öffentlichen Gebäuden und Toiletten kostenlos zur Verfügung gestellt  
159 werden.

160 Unser Ziel ist es, dass es 2030 keine Neuansteckungen mit AIDS in Rheinland-  
161 Pfalz geben wird. Dabei orientieren wir uns an den Zielen des UN-HIV/AIDS-  
162 Programms UNAIDS. Durch eine Sensibilisierung der Ärzt\*innen wollen wir auch die  
163 Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zum Schutz vor HIV und Aids  
164 erleichtern.

#### 165 Regionale Gesundheitsplanung

166 Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient\*innen  
167 ausrichten, die nicht an den Sektorengrenzen Halt machen dürfen. Auf regionaler  
168 Ebene wollen wir daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in öffentlich-  
169 rechtlicher Trägerschaft einführen. Wir möchten, dass diese von einem oder  
170 mehreren Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. An diesen  
171 Konferenzen sollen unter Leitung des Gesundheitsamtes je nach Tagesordnung  
172 Vertreter\*innen der niedergelassenen Ärzt\*innen, Krankenhäuser, Therapeut\*innen,  
173 Psychotherapeut\*innen, Hebammen, Sozialarbeiter\*innen und Pflegedienste,  
174 Mitglieder des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Krankenkassen sowie  
175 Patient\*innenvertretungen teilnehmen. Sie sollen gemeinsam die besten Lösungen  
176 für die optimale Versorgung spezieller Patientengruppen, wie zum Beispiel  
177 Demenzkranke, entwerfen. Ergänzend soll eine Landesgesundheitskonferenz auf  
178 Landesebene koordinierende Aufgaben übernehmen. So können jährlich besondere  
179 Entwicklungen in der Gesundheit und in der medizinischen Versorgung in unserem  
180 Land, in seinen Kreisen und Städten besprochen und geeignete Maßnahmen  
181 abgeleitet werden. Das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V wollen wir

182 stärken. Wir GRÜNE wollen regionale Modellprojekte zur sektorenübergreifenden  
 183 Versorgung anstoßen – zunächst insbesondere in unterversorgten Regionen.

184 Landesgesundheitsgesetz

185 Wir wollen unsere Anliegen für eine bessere Gesundheitsversorgung deshalb in  
 186 einem neuen Landes-Gesundheitsgesetz bündeln. Damit orientieren wir uns stärker  
 187 an dem Nutzen für die Patient\*innen, beziehen die Bürger\*innen besser mit ein  
 188 und stärken die regionale Versorgung. Langfristig sollen die bisher voneinander  
 189 getrennte Landeskrankenhausplanung und die Planung der Kassenärztlichen  
 190 Vereinigung durch eine gemeinsame Gesundheitsplanung abgelöst werden. Regionale  
 191 Gesundheitsbudgets sollen dann die aktuellen sektoralen Budgets für  
 192 Krankenhäuser und niedergelassene Ärzt\*innen ersetzen.

193 Gesundheitsprävention: Ein Modellprojekt in Pirmasens starten

194 Präventionsmaßnahmen dürfen nicht einfach mit der Gießkanne verteilt werden. Sie  
 195 müssen schwerpunktmäßig dort ansetzen, wo die Menschen besonderen Risiken  
 196 ausgesetzt sind. In Pirmasens ist die Lebenserwartung eine der niedrigsten in  
 197 Deutschland und die Raten häufiger Krankheiten sind besonders hoch. Daher werden  
 198 wir dort als Modellvorhaben ein langfristig angelegtes Gesundheitsprojekt  
 199 umsetzen. Eingehend müssen zunächst die gesundheitliche Situation und Versorgung  
 200 in den Stadtteilen und Quartieren wissenschaftlich untersucht und darauf  
 201 aufbauend zielgenau Maßnahmen entwickelt werden. Das wollen wir gemeinsam mit  
 202 den Bürger\*innen und nicht über ihre Köpfe hinweg planen. Stadt und Land,  
 203 Ärzt\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Psycholog\*innen, Therapeut\*innen,  
 204 Pflegekräfte, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, Selbsthilfegruppen und andere  
 205 sollen in dem Projekt zusammenarbeiten.

206 Psychische Gesundheit und Heilmittelerbringer\*innen fördern

207 Wir GRÜNE setzen uns für Versorgungsstrukturen ein, in denen psychisch erkrankte  
 208 Menschen schneller psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung bekommen.  
 209 Dafür ist es erforderlich, die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und  
 210 junge Erwachsene zu verbessern. Wir brauchen niederschwellige und  
 211 unbürokratische Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsinitiativen für junge  
 212 Menschen in Krisen. Wir wollen die Stigmatisierung im Bereich Psychosen und  
 213 Depressionen bei Kindern und Jugendlichen mit mehr Aufklärungsarbeit  
 214 durchbrechen. Wir setzen uns auch für mehr Psychotherapeut\*innen für Kinder und  
 215 Jugendliche ein. Auch den anderen Therapeut\*innenberufen (Physiotherapie,  
 216 Ernährungstherapie, Ergotherapie, Podologie und Logopädie) wollen wir mehr Wert  
 217 beimessen. Dazu zählt eine kostenfreie Ausbildung mit ausreichender Kapazität;  
 218 wo sinnvoll, soll diese an Hochschulen erfolgen. Auch ist eine faire Bezahlung  
 219 wichtig. Eine bessere Koordination zwischen Pflegekräften, Therapeut\*innen und  
 220 Ärzt\*innen unter Einbeziehung der Patient\*innen und ihrer Angehörigen ist  
 221 dringend erforderlich. Wir prüfen einen Direktzugang zu  
 222 Heilmittelerbringer\*innen zu Lasten der Sozialversicherungen.

223 Geburtshilfe stärken

224 Die Geburt eines Kindes ist ein prägendes Ereignis. Schwangere und Familien  
 225 müssen besonders in einer so sensiblen Zeit die bestmögliche Begleitung und  
 226 Versorgung erhalten. Für die Frauen und ihre Familien ist es unverzichtbar, dass  
 227 Hebammen sie bereits früh in der Schwangerschaft und rund um die Geburt  
 228 unterstützen. Familienhebammen sind dabei besonders wichtig. Wir GRÜNE wollen

229 eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe und eine qualitativ  
230 hochwertige Geburtshilfe. Die Akademisierung des Hebammenberufs nach EU-Recht  
231 wollen wir zügig umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Umstellung der  
232 Hebammen-Ausbildung auf ein Studium die Kapazitäten bei der Ausbildung erhalten  
233 bleiben. Für jeden Ausbildungsplatz, der wegfällt, soll ein Studienplatz  
234 entstehen. Nach der Umstellungsphase wollen wir prüfen, ob ein Aufbau weiterer  
235 Studienplätze notwendig ist.

236 Für eine starke Geburtshilfe wollen wir ein Geburtshilfestärkungsgesetz  
237 beschließen. Die Geburtsstationen im Land sollen erhalten bleiben und ein  
238 flächendeckendes Netz von Hebammenzentralen entstehen. Wir wollen Geburtshäuser  
239 und die Niederlassung von Hebammen fördern. Außerdem treten wir für eine bessere  
240 Personalbemessung in den Kreißsälen ein, um die Arbeitsbedingungen zu  
241 verbessern. Die Arbeit der Hebammen verdient mehr Wertschätzung, die sich auch  
242 im Geldbeutel zeigt. Auf Landesebene wollen wir ein Konzept erarbeiten, um den  
243 Kliniken ein Überleben der Geburtshilfe an den verbliebenen Standorten zu  
244 ermöglichen. Mit individuellen, regionalen Konzepten wollen wir sicherstellen,  
245 dass Standorte für Schwangere gut erreichbar bleiben.

#### 246 Verantwortungsvolle Drogenpolitik

247 Ein grundlegendes Umdenken in der Drogenpolitik ist aus unserer Sicht längst  
248 überfällig. Prävention, Hilfe, Jugendschutz und Entkriminalisierung sind für uns  
249 dabei entscheidend. Es gilt, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten  
250 und gesundheitliche Risiken zu minimieren.

#### 251 Regulieren statt kriminalisieren

252 Im Bund setzen wir uns für eine Freigabe von Cannabis unter strengem  
253 Jugendschutz und staatlicher Kontrolle ein. Wir wollen erwachsene  
254 Konsument\*innen nicht länger kriminalisieren und dafür sorgen, dass der  
255 Schwarzmarkt austrocknet. Damit werden die Strafverfolgungsbehörden von  
256 zeitraubenden und kostspieligen Verfahren entlastet. Mittelfristig wollen wir  
257 ein staatlich reguliertes System für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis  
258 schaffen, bei dem Verbraucher- und Jugendschutz sowie Suchtprävention greifen.  
259 Dazu setzen wir uns für Modellprojekte ein. Wir wollen die Ermittlungen der  
260 Fahrerlaubnisbehörden gegen THC-Konsument\*innen den Regeln für Alkoholkonsum  
261 angleichen: Sie sollen nur ab einer gewissen Grenze möglich sein, und nur, wenn  
262 Konsument\*innen am Straßenverkehr teilgenommen haben.

#### 263 Mehr Prävention und Aufklärung

264 Wer abhängig ist, braucht Hilfe – und keine Strafverfolgung. Daher muss das  
265 Hilfs- und Beratungssystem auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein,  
266 um gesundheitliche Risiken zu verringern. Wir wollen die niederschweligen  
267 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen. Die Bedingungen des  
268 Schwarzmarktes bergen Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen,  
269 Drogenkonsumräumen und Informationsmöglichkeiten entgentreten wollen.  
270 Ergänzend sollen Substanzanalysen (Drugchecking) ermöglicht werden. Aufklärung  
271 und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir  
272 stärken, insbesondere an Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen  
273 Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme  
274 begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben. Auch über Spielsucht, Sucht

275 im Alter, Medikamenten- und Medienabhängigkeit muss aufgeklärt werden.

276 Tabakwerbung wollen wir beenden, Alkoholwerbung stärker einschränken.

277 Selbstbestimmt leben: Bis ins hohe Alter und in der Pflege

278 Bei der Gesundheitsversorgung als auch in der Pflege steht der Mensch für uns im  
279 Mittelpunkt. Menschen mit Pflegebedarf sollen ein selbstbestimmtes Leben führen  
280 und selbst entscheiden können, wo und mit welcher Unterstützung sie leben  
281 wollen. Ziel unserer GRÜNEN Pflegepolitik ist es, allen Pflegebedürftigen ein  
282 würdevolles Leben zu ermöglichen und sie und ihre Angehörigen zu stärken. Dabei  
283 wollen wir sie in ihrem bisherigen Wohnumfeld bestmöglich unterstützen, so lange  
284 das möglich und gewollt ist. Für uns gilt: Pflegebedürftigkeit darf weder bei  
285 den Betroffenen selbst noch in ihren Familien ein Armutsrisiko darstellen.

286 Gute Pflege ist für uns GRÜNE ein aktives Recht, an dem sich unsere Politik  
287 orientiert: Die UN-Behindertenrechtskonvention und die Pflege-Charta haben  
288 wichtige Grundrechte für Pflegebedürftige verankert. Dazu zählen  
289 Selbstbestimmung, Schutz der Privatsphäre, körperliche Unversehrtheit und  
290 gesellschaftliche Teilhabe. Die geschlechtliche Orientierung, die religiöse  
291 Überzeugung und biografische Besonderheiten, wie zum Beispiel eine  
292 Migrationsgeschichte, müssen berücksichtigt werden. Wir treten ein für  
293 geschlechtersensible Angebote und Einrichtungen, die der kulturellen Vielfalt  
294 der älter werdenden Bevölkerung und Gesellschaft entsprechen. Für mehr  
295 Menschlichkeit und eine hohe Qualität in der Pflege benötigen wir gut  
296 ausgebildetes Pflegepersonal in ausreichender Zahl und gute Arbeitsbedingungen.  
297 Deshalb wollen wir die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Pflegekräfte  
298 ausbauen.

299 Kommunale Pflegestrukturplanung

300 Wir wollen eine größere Vielfalt ambulanter Pflegeangebote wie  
301 Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit  
302 Pflegeleistungen im Bedarfsfall. Auch Angebote für pflegebedürftige Kinder und  
303 Jugendliche müssen geschaffen und Eltern so entlastet werden. Für uns spielen  
304 die Kommunen bei der Daseinsvorsorge in der Pflege eine Schlüsselrolle. Um eine  
305 gute Pflege vor Ort zu gewährleisten, sollen die Kommunen künftig mehr  
306 Kompetenzen und mehr Geld erhalten. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens wollen  
307 wir den Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit zur verbindlichen  
308 Pflegestrukturplanung geben, um in wichtigen Fragen selbst das Ruder in der Hand  
309 zu haben. Dazu wollen wir das Landesgesetz zur Sicherstellung und  
310 Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur reformieren. Beispielsweise  
311 müssen Baugebiete auf die Belange der Menschen ausgerichtet sein, die Pflege und  
312 Unterstützung brauchen. Daher müssen Regional- und Flächennutzungsplanung mit  
313 der Pflegestrukturplanung abgestimmt sein.

314 Wir wollen, dass kommunale Pflegekonferenzen, an denen sich Bürger\*innen,  
315 Verbände und Pflegekasse beteiligen, verpflichtend und regelmäßig abgehalten  
316 werden. Wir wollen auch Themenfelder wie körperliche Aktivität, Ernährung,  
317 Mobilität, Teilhabe am Leben oder barrierearmes Wohnen in den Fokus der  
318 kommunalen Pflegestrukturplanung rücken. Um Pflegebedürftigkeit vorzubeugen,  
319 setzen wir uns dafür ein, dass ambulante, präventive geriatrische Angebote und  
320 das Programm Gemeindeschwester plus gestärkt werden. Die 135 Pflegestützpunkte  
321 des Landes können künftig ebenfalls dazu beraten, wie Pflegebedürftigkeit  
322 vermieden werden kann.

323 Über die Pflegestrukturplanung schaffen wir ein Netz an Einrichtungen, das den  
324 Bedarfen entspricht. Wir GRÜNE wollen die Träger unterstützen, bestehende  
325 Einrichtungen, wo erforderlich, umzugestalten und zu modernisieren. Gleichzeitig  
326 wollen wir sie für eine Neuorientierung hin zu mehr ambulanten Wohn- und  
327 Pflegeformen gewinnen. Perspektivisch wollen wir ein Altenhilfestrukturegesetz  
328 zur Stärkung einer kommunalen Politik für und mit älteren Menschen: ein  
329 Rahmengesetz, das die Kommunen zu einer Altenplanung und -förderung  
330 verpflichtet.

331 Attraktive Arbeit in der Pflege

332 Die Probleme des Fachkräftemangels in der Pflege können nur durch attraktivere  
333 Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung gelöst werden. Wichtig ist es, ein  
334 Signal für eine verbesserte Arbeitssituation durch zusätzliche Pflegestellen zu  
335 setzen. Wir GRÜNE haben im Bund den Vorschlag gemacht, mit einem Sofortprogramm  
336 Stellen für 25.000 zusätzliche Krankenpfleger\*innen und für 25.000 zusätzliche  
337 Altenpfleger\*innen zu schaffen.

338 Wir setzen auf eine verstärkte Aus- und Fortbildung von Pflegekräften. Die  
339 generalistische Pflegeausbildung wird in Zukunft Kranken-, Alten- und  
340 Kinderkrankenpflege umfassen. Das Programm Fachkräfte- und  
341 Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0 wollen wir deshalb weiterentwickeln. Wir  
342 treten ein für verbindliche Personalbemessungsinstrumente, die sich sowohl im  
343 Krankenhaus als auch in der Altenpflege am individuellen Pflegebedarf der  
344 Menschen orientieren. So können Pfleger\*innen allen Patient\*innen die Zeit  
345 widmen, die sie benötigen. Um die wertvolle Arbeit der Pflegekräfte endlich  
346 angemessen zu honorieren, setzen wir uns für einen höheren Mindestlohn und einen  
347 allgemeinverbindlichen Tarifvertrag ein.

348 Auch in privaten Haushalten muss der vereinbarte Mindestlohn in der Pflege  
349 gelten. In diesem Zusammenhang wollen wir die Stellung der 24-Stunden-  
350 Pflegekräfte, die oft aus den östlichen EU-Ländern kommen, rechtlich klären.  
351 Parallel zu den steigenden Gehältern müssen auch die Vergütungen für die  
352 Pflegedienste angehoben werden. Akademisch gebildete Pflegekräfte sind wichtig,  
353 unter anderem für Führungsaufgaben in Kliniken und Altenpflege, damit Pflege auf  
354 Augenhöhe mit Ärzt\*innen, Geschäftsführungen und anderen Berufen stattfinden  
355 kann. Daher unterstützen wir den Ausbau von Pflegestudiengängen.

356 Pflegekräfte sollen wieder größere Aufgabenfelder verantworten und in der  
357 Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen aufgewertet werden. Hier leisten  
358 Pflegehelfer\*innen zur Unterstützung und Entlastung der Fachkräfte einen  
359 wichtigen Beitrag. Die Helferberufe wollen wir auch aufwerten: das heißt, eine  
360 modulare Ausbildung und eine Weiterqualifizierung anbieten, die auf die  
361 Helferausbildung aufbaut mit dem Ziel, höhere Abschlüsse zu erreichen.

362 Kurz- und mittelfristig werden wir den Pflegebedarf nicht ohne Zuwanderung von  
363 Fachkräften decken können. Für eine erleichterte Zuwanderung bedarf es  
364 vereinfachter Anerkennungsverfahren und ausreichender Sprachqualifizierung.  
365 Ausländische Fachkräfte dürfen jedoch nicht aus Ländern angeworben werden, in  
366 denen selbst ein Fachkräftemangel besteht und eine Abwanderung dort Lücken in  
367 die Versorgung reißen würde. Wir wollen Anreize schaffen, um männliche  
368 Jugendliche zu ermutigen, eine Ausbildung in der Pflege zu machen. Die  
369 Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf den Bereich der Menschen mit  
370 Behinderungen erweitern (Assistenz und Dienste).

371 Die ambulante Pflege wollen wir stärken und für einen ausreichenden Anteil an  
372 Fachkräften sorgen. In neuen Versorgungsformen können Pflegefachkräfte an der  
373 Schnittstelle zwischen Ärzt\*innen und Patient\*innen wichtige Aufgaben in der  
374 medizinischen und pflegerischen Grundversorgung übernehmen. Wir wollen  
375 Modellprojekte zu digitalen Assistenzsystemen fördern, mit dem Ziel die  
376 selbstbestimmte Assistenz zu erweitern und hierbei Fragen der Ethik sowie des  
377 Datenschutzes zu klären.

378 Pflege solidarisch finanzieren

379 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine gerechtere Finanzierung der Pflege ein.  
380 Dazu wollen wir das bisherige Finanzierungssystem umkehren. Bisher ist die  
381 Unterstützung durch die Pflegeversicherung gedeckelt, und die Betroffenen  
382 bezahlen den Rest. Mit unserer Idee der Doppelten Pflegegarantie erreichen wir,  
383 dass die Kosten für die Pflegebedürftigen auf einen Sockelbetrag beschränkt  
384 werden, der deutlich unter den aktuell durchschnittlichen 680 Euro liegen soll.  
385 Alle darüberhinausgehenden pflegerischen Kosten werden von der Pflegekasse  
386 getragen. Mit unserem Konzept einer grünen Bürger-Pflegeversicherung wollen wir  
387 die Finanzierung der Pflege auf mehr Schultern und damit gerechter verteilen.